

## INHALT

1. Neuregelung Glücksspielstaatsvertrag
2. Erste Schleswig-Holstein Anleihe nach der Schuldenbremse
3. Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienste der Länder
4. Antrag auf SPD-Landesparteitag stellt Fehmarnbeltquerung in Frage
5. Demonstrationen in Lübeck Thema im Innen- und Rechtsausschuss
6. Freiwilligendienste in Schleswig-Holstein stärken
7. Gute Nachrichten für Tourismusbranche im Norden

07.04.2011

### Neuregelung Glücksspielstaatsvertrag

#### 15 Bundesländer vereinbaren europarechtswidrigen Kompromiss

Der in dieser Woche von 15 Bundesländern mit Ausnahme Schleswig-Holsteins vereinbarte Kompromiss für einen neuen Glücksspielstaatsvertrag ist bundesweit in nahezu allen Medien kritisiert worden. „Die Länder bluffen“, titelte die Financial Times Deutschland. Ein genauer Blick in die geplante Neuordnung offenbare schnell, dass die angebliche Reform nur die Kläger gegen das Wettmonopol beruhigen solle. Im Prinzip solle alles bleiben, wie es ist. Von einer Scheinöffnung, „die sich nicht im Geringsten dazu eignet, den grauen und schwarzen Glücksspielmarkt auszutrocknen“, sprachen die Kieler Nachrichten. Und laut dem Flensburger Tageblatt probt Schleswig-Holstein den Aufstand zu Recht. „Denn was die anderen 15 Bundesländer beim Berliner Politpoker ausgewürfelt haben, wird vor dem Europäischen Gerichtshof mit großer Wahrscheinlichkeit keine Gnade finden.“

CDU und FDP in Schleswig-Holstein bleiben deshalb bei ihren Kernforderungen: „Eine Beschränkung auf sieben Konzessionen wäre europarechtlich nicht haltbar“, erklärte CDU-Fraktionschef Christian von Boetticher. Weiterhin muss nach Ansicht Schleswig-Holsteins die Konzessionsabgabe wettbewerbsfähig sein, damit der Schwarzmarkt tatsächlich ausgetrocknet werden kann.

Den von der Opposition seit dem Wochenende vorgenommenen Versuch der Skandalisierung eines Termins auf Sylt wiesen von Boetticher, Hans-Jörn Arp und FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki als grotesk zurück. CDU und FDP in Schleswig-Holstein stünden seit Jahren für eine Konzessionierung des Sportwettenmarktes bei einer Aufrechterhaltung des Veranstaltungsmonopols im Lotteriebereich.

Auf der Tagung habe die Gelegenheit bestanden, den bereits am 17. Dezember 2010 eingebrachten Entwurf für ein Glücksspielgesetz vor mehreren Dutzend Wissenschaftlern, Vertretern großer Medienhäuser und potentiellen Investoren zu erläutern. Am Abend sei die

Möglichkeit genutzt worden, um mit anwesenden Unternehmensvertretern über mögliche Ansiedlungen zu sprechen. Mittlerweile hat das erste Unternehmen auch öffentlich erklärt, sich in Schleswig-Holstein ansiedeln zu wollen.



Hans-Jörn Arp, MdL

---

## **Erste Schleswig-Holstein Anleihe nach der Schuldenbremse Land profitiert von günstigen Zinsen**



Tobias Koch, MdL

Die Beispiele Griechenland, Irland und heute Portugal zeigen es deutlich: Wenn der Schuldenstand zu hoch ist, verschärft sich die Schuldenkrise durch Risikoaufschläge der Banken noch einmal dramatisch.

Dass es auch anders geht, hat Schleswig-Holstein in dieser Woche bewiesen. Nach der Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung hat Finanzminister Rainer Wiegard erstmals eine Bewertung durch eine Rating-Agentur eingeholt. Die Bestnote Schleswig-Holsteins – AAA – begründete die Agentur Fitch unter anderem eben mit dieser Schuldenbremse. Die Folge dieser Bewertung: Schleswig-Holstein konnte eine Anleihe bei einer Laufzeit von fünf Jahren für einen Zinssatz von drei Prozent platzieren – Portugal zahlt für einen Kredit in gleicher Höhe etwa das dreifache. Angesichts der bereits für Schleswig-Holstein anfallenden Zinszahlungen von 75 Millionen Euro über den Zeitraum von fünf Jahren wird deutlich, welche Summen durch die solide Haushaltspolitik der CDU-geführten Landesregierung eingespart werden.

CDU-Finanzexperte Tobias Koch sieht sich in seinem konsequenten Kurs bestätigt: „Haushaltskonsolidierung macht sich auch in Form günstiger Kreditzinsen bezahlt“, erklärte er.

---

## **Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienste der Länder** **Dr. Johann Wadephul und FAK Soziales im Gespräch mit den Wohlfahrtverbänden**



Die Teilnehmer von CDU und Sozialverbänden nach dem Gespräch

Zahlreiche bundespolitische Themen und Beschlüsse der letzten Monate haben große Auswirkungen auf Schleswig-Holstein und erfordern landesrechtliche Regelungen. Aus diesem Grund haben sich in dieser Woche Dr. Johann Wadephul, ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages, und der FAK Soziales unter dem Vorsitz von Ursula Sassen mit Vertretern der Freien Wohlfahrtverbände in Schleswig-Holstein getroffen.

Nach einem kurzen Überblick von Dr. Wadephul über die aktuelle Arbeitsmarktlage und die Herausforderungen beim Fachkräftemangel standen die Umsetzung des Bundesfreiwilligendienstes und deren Folgen für die Ausbildung von Fachkräften in den sozialen Arbeitsfeldern im Mittelpunkt.

Die Verbände rechnen durch den Wegfall der ca. 1.500 Zivildienststellen in Schleswig-Holstein mit deutlichen Schwierigkeiten bei der Nachwuchswerbung für die sozialen Berufe, dieses gilt gerade für männliche Bewerber. In der Vergangenheit entschlossen sich Zivildienstleistende, trotz der geringen Vergütung, aufgrund der gewonnenen Erfahrungen während des Dienstes, für eine Ausbildung im sozialen Bereich.

Die Verbände begrüßten grundsätzlich die gelungenen Regelungen für die Umsetzung des Bundesfreiwilligendienstes. Sie kritisierten jedoch das Nebeneinander vom Bundesfreiwilligendienst und den Jugendfreiwilligendiensten der Länder.

Insgesamt zeigten sich alle Beteiligten zuversichtlich, dass der Bundesfreiwilligendienst einen regen Zuspruch erfahren werde. Diese Hoffnung nährt sich vor allem daraus, dass bei den Jugendfreiwilligendiensten in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren mehr Bewerber als Plätze gab. Dennoch war man sich einig, dass es zusätzliche Anreize zum Beispiel beim Erwerb von Ausbildungs- und Studienplätzen im Anschluss an den Freiwilligendienst geben müsse.

Näheres zu den Regelungen des Bundesfreiwilligendienstes finden Sie auf der Seite der Bundesregierung unter:

## **Antrag auf SPD-Landesparteitag stellt Fehmarnbeltquerung in Frage Gleichzeitig wächst die Zustimmung zu Nordeuropas wichtigstem Verkehrsprojekt**



Dr. Christian von Boetticher, MdL

In den vergangenen Wochen und Monaten hatte CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp die Nord-SPD wiederholt ermahnt, nicht von der Fehmarnbeltquerung abzurücken. Hintergrund: Die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Bettina Hagedorn hatte sich aus wahltaktischen Gründen in ihrem Heimatwahlkreis immer wieder kritisch zur Querung geäußert. Nun hat eine Gruppe um Hagedorn einen entsprechenden Antrag zum SPD-Landesparteitag eingebracht. CDU-Fraktionschef Dr. Christian von Boetticher forderte umgehend den SPD-Spitzenkandidaten Torsten Albig auf, sich klar gegen diesen Antrag zu positionieren:

„Die Fehmarnbeltquerung ist ein gemeinsames Schleswig-Holsteinisches Projekt. Generationen von Landtagsabgeordneten aus CDU, SPD und FDP haben sich gemeinsam dafür eingesetzt. So konnten in jahrelanger harter Arbeit auch der Bund und die EU von der überragenden Bedeutung der Querung überzeugt werden. Eine Zustimmung zu dem Antrag auf dem SPD-Parteitag wäre deshalb ein katastrophales bundes- und europapolitisches Signal“, betonte von Boetticher in Kiel.

Unterdessen belegt eine von TNS Infratest im Auftrag von Femern A/S im März 2011 mit 2.000 Befragten in Norddeutschland und 1.005 in Dänemark durchgeführte repräsentative Meinungsumfrage eine wachsende Zustimmung zur Fehmarnbeltquerung. So erwarten mehr als die Hälfte der Norddeutschen zusätzliche Arbeitsplätze und über 70 Prozent einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Region. Dies ist auch deshalb als positiv zu bewerten, weil die Informiertheit der Menschen über das Projekt angestiegen ist.

Es darf mit Spannung erwartet werden, wie der Landesparteitag der SPD über den Antrag entscheidet, den Sie unter folgendem Link ab Seite 50 finden:

[http://www.spd-schleswig-holstein.de/docs/1300896319\\_EmpfehlungderAntragskommission.pdf](http://www.spd-schleswig-holstein.de/docs/1300896319_EmpfehlungderAntragskommission.pdf)

Die Ergebnisse der Studie finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.femern.de/Startseite/Aktuelles/Pressemitteilungen/Aktuelle+Meinungsumfrage%3a+Wachsender+Zuspruch+f%C3%BCr+den+Entwicklungsmotor+Feste+Fehmarnbeltq>

---

## Demonstrationen in Lübeck Thema im Innen- und Rechtsausschuss Kritikwürdiges Verhalten von Abgeordneten

Auch in diesem Jahr setzten zahlreiche aufrechte Demokraten am 26. März in Lübeck mit friedlichem Protest ein Zeichen gegen das von rechtsextremen Gruppierungen gezeichnete Zerrbild unserer schwierigen Vergangenheit. Leider wurde Ihre Arbeit erneut von gewaltbereiten linksextremen Chaoten und zahlreichen Sachbeschädigungen begleitet und dadurch diskreditiert. In diesem Jahr war ein Aufgebot von 2.400 Polizeibeamten erforderlich, um linksextreme Demonstranten von einer Störung der Kundgebung der Rechtsextremen abzuhalten. Die Polizei hatte dabei die schwierige Aufgabe, die im Grundgesetz verankerte Versammlungsfreiheit auch gegenüber Gegnern der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu schützen.

Die Abgeordneten des Innen- und Rechtsausschusses des Landtags setzten sich in dieser Woche mit Vorwürfen der „Humanistischen Union“ zu angeblich rechtswidrigem Polizeihandeln auseinander. Dies war bereits Gegenstand der Landtagssitzung vom 31.03.2011 gewesen. Dort wurde deutlich, dass der Grüne Landtagsabgeordnete Thorsten Fürter – der Mitglied im Ausschuss ist – selbst als Beobachter für diese Organisation in Lübeck war.

Nach den Schilderungen der Polizeiführung und des Innenministers hatte Fürter gemeinsam mit einem Bundestagsabgeordneten unter Hinweis auf seinen Abgeordneten-Status Durchgang durch eine Polizeikette verlangt. Anschließend gab er telefonisch Informationen über das Demonstrationsgeschehen weiter. Dies veranlasste die Polizei, ihm mitzuteilen, dass beim nächsten Mal ein Platzverweis erfolge, weil sonst der Einsatz erheblich erschwert werde.

Der Innenexperte der CDU-Fraktion, Werner Kalinka, bezeichnete dieses Verhalten als kritikwürdig. Bereits in der Vorwoche hatte er mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass Fürter sich im Ausschuss für eine Organisation stark machte, für die er selbst als Beobachter an der Demonstration teilgenommen hatte. „Für ein Fehlverhalten der Polizei gibt es bislang keine Erkenntnisse. Strafanzeigen gegen Polizeibeamte liegen im Übrigen nicht vor“, stellte Kalinka fest. Darüber hinaus habe sich kein Anhaltspunkt ergeben, nach dem eine „Demonstrationsbeobachtung“ gesetzlich geregelt werden müsse. Diese Forderung hatte Fürter erhoben.



Werner Kalinka, MdL

## **Freiwilligendienste in Schleswig-Holstein stärken** **Ende des Zivildienstes als Herausforderung für die soziale Infrastruktur**

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht stehen in Deutschland bis auf Weiteres keine Ersatzdienstleistenden mehr zur Verfügung. Damit ergeben sich auch in Schleswig-Holstein neue Herausforderungen für die soziale Infrastruktur. Wegfallende Zivildienststellen sollen durch die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes ausgeglichen werden. Neben dem neuen Bundesfreiwilligendienst existieren mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr, dem Freiwilligen Ökologischen Jahr und dem Freiwilligendienst aller Generationen seit langem erfolgreiche Landesfreiwilligendienste in Schleswig-Holstein.

Die CDU-Landtagsfraktion begleitet den Prozess der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes aufmerksam. Dazu werden vor Ort und in Kiel zahlreiche Gespräche mit Trägerorganisationen, Verbänden und Einsatzstellen von Freiwilligen geführt. „Wir werden darauf achten, dass die Einführung des Bundesfreiwilligendienst nicht zu Lasten der Landesdienste geht“, so der jugendpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Mark-Oliver Potzahr, nach einem Gespräch mit dem Landesjugendring. „Notfalls müssen wir weitere Maßnahmen ergreifen, um dieses zu verhindern.“

Um die Landesfreiwilligendienste weiter zu stärken, stellte das Sozialministerium in dieser Woche sein neues Informationsangebot zu diesem Thema vor. Broschüren, Videos und weiteres Informationsmaterial sollen interessierten Trägerorganisationen von Freiwilligendiensten eine Orientierung bieten. Diese Materialien sind unter [www.freiwilligendienste-sh.de](http://www.freiwilligendienste-sh.de) im Internet abrufbar. „Die Initiative des Sozialministeriums ist ein richtiger und wichtiger Schritt, um die Landesdienste bekannter zu machen“, so Potzahr.



Mark-Oliver Potzahr, MdL

---

## **Gute Nachrichten für Tourismusbranche im Norden** **Radtouristen wählten Schleswig-Holstein zum Urlaubsland Nummer 1**

Eine Studie der Deutschen Gesellschaft zur Konsumforschung (GfK) in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Westküste in Heide zeigt, dass kein anderes Bundesland als Ziel für einen Radurlaub so geschätzt wird wie Schleswig-Holstein. Die Studie, für die 8000 Deutsche repräsentativ befragt wurden, bescheinigt Schleswig-Holstein auch in den Bereichen Gesundheit und Wellness Top-Ergebnisse im deutschen Ländervergleich. „Ich freue mich über diese Ergebnisse, die zeigen, dass wir in Schleswig-Holstein weiter aufgeholt haben und auf dem richtigen Weg sind“, so der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Hartmut Hamerich.

Weiterhin untersuchte die Studie die Sympathie eines Bundeslandes als Reiseziel. Auch hier schneidet Schleswig-Holstein überdurchschnittlich gut ab. Die besten Werte erreicht das Land bei den „Best Agern“, der Zielgruppe der Älteren mit gehobenerem Einkommen. „Die Ergebnisse machen deutlich, dass wir mit der Zielgruppenansprache genau richtig liegen und dass das Tourismuskonzept der CDU-geführten Landesregierung voll aufgeht“, so Hamerich abschließend.



Hartmut Hamerich, MdB

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)